

Ausbildungsstellenmarkt

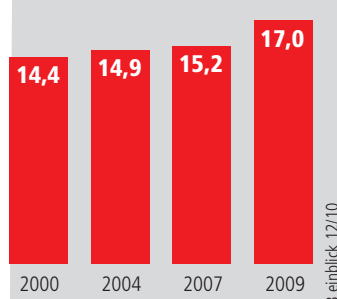
Ausbildung auch in der Krise sichern

Wenige Wochen vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. August schlagen die Arbeitgeber Alarm: In Deutschland seien zurzeit noch 30 000 Ausbildungsplätze unbesetzt, verkündete der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und berief sich dabei auf die Auswertung seiner aktuellen Lehrstellenbörse. Die Medien griffen diesen Befund auf: Es herrsche erstmals seit langer Zeit wieder ein Mangel an Bewerbern und nicht an Ausbildungsplätzen, vermeldete etwa die Tagesschau.

Aus Sicht des DGB hat das mit der Lage auf dem Ausbildungsmarkt wenig zu tun. Allein im Ausbildungsjahr 2009 wurden rund 74 000 von der Bundesagentur für Arbeit als „ausbildungsreif“ eingestufte Jugendliche in Warteschleifen geparkt, obwohl sie noch einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchten. Auch der aktuelle Nationale Bildungsbericht bestätigt: Das Angebot an Ausbildungsplätzen bleibt in fast allen Berufen hinter der Nachfrage zurück – trotz drohenden Fachkräftemangels. Noch

Immer mehr Ungelernte

Anteil der 20- bis 29-Jährigen ohne Berufsausbildung (in Prozent)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, BMBF, BIBB; DGB

Mehr als 1,5 Millionen der 20- bis 29-Jährigen haben keinen Berufsabschluss.

immer landen Jahr für Jahr fast 400 000 Jugendliche im „Übergangssystem“ zwischen Schule und Beruf – ohne Chance auf eine vollqualifizierende Ausbildung.

Angesichts solcher Zahlen von einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu reden, sei zynisch und schlicht falsch, erklärt Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter für Bildungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Die schlechte Ausbildungsbilanz im Krisenjahr 2009

zeige einmal mehr die Achillesferse des deutschen Ausbildungssystems: „Die Zukunftsperspektiven junger Menschen sind abhängig von der konjunkturellen Lage der Wirtschaft.“

Während Arbeitgeber und Bundesregierung seit sieben Jahren eine entspannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt verkünden, steigt die Zahl der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Auf sie wartet allzu oft ein Leben, das geprägt ist von Langzeitarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung. „Die soziale Spaltung in unserem Bildungssystem bleibt das größte Problem“, stellt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock fest.

Unabhängig davon bleiben tatsächlich Ausbildungsplätze unbesetzt. Die BewerberInnen seien nicht geeignet, hätten gravierende Schwächen in Mathematik oder der Rechtschreibung, lamentieren die Arbeitgeber. Eine Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt, dass die Ursachen für unbesetzte Ausbildungsplätze oft auch bei den Betrieben liegen. So kritisieren die BIBB-Forscher das wenig planvolle Anwerbeverhalten vieler Unternehmen. Viele Stellen würden nicht bei der Bundesagentur gemeldet, die Kommunikation über Messen und Annoncen nur unzureichend genutzt. Vielfach handele es sich bei den unbesetzten Ausbildungsplätzen auch nur um latent vorhandene Stellen, die nicht aktiv beworben werden, so das BIBB. ●

plusminusBERLIN

+ Die Vorsitzende der **CSU-Arbeitnehmervereinigung (CSA), Gabriele Stauner**, hat die „soziale Schiefelage“ des Sparpakets der Bundesregierung kritisiert. Zugleich kritisierte sie die „in Sachen Erhöhung des Spitzensteuersatzes so renitenten FDP-Yuppies“.

- Bayerns FDP-Fraktionschef **Thomas Hacker** wies die Kritik der **CSU-Arbeitnehmer** zurück. **Hacker: Das Sparpaket sei intensiv diskutiert worden, es wird nun „umgesetzt – auch wenn sich Frau Stauner auf den Kopf stellt und mit den Füßen wackelt“.**

Seite 3

Gegen neoliberale Sparpläne

Europäische Gewerkschaften kündigen Aktionen und Demonstrationen gegen den sozialen Kahlschlag an

Seite 5

Für soziale Vernetzung

Facebook, Twitter & Co. eröffnen Gewerkschaften und Betriebsräten neue Möglichkeiten der Mobilisierung und Kommunikation

Seite 7

Krisenrezepte

Investitionen und Steuereinnahmen erhöhen – statt zu Lasten der Ärmsten zu sparen



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gerecht-und-sozial.de Aktionsseite des DGB Nord zur Vernetzung gegen die Spar- und Strukturmaßnahmen der Landesregierung Schleswig-Holstein

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund „Auf dem Arbeitsmarkt handeln, um den Aufschwung zu erhalten“ Stellungnahme der Global Unions zum G8/G20-Gipfel in Ontario/Kanada 25.-27. Juni 2010

Arbeitnehmerdatenschutz

Heftige Kritik am neuen Entwurf

Datenschützer und Gewerkschaften haben den Entwurf der Bundesregierung zum Arbeitnehmerdatenschutz (*einblick 8/10*) bei einer Anhörung im Bundesinnenministerium am 18. Juni heftig kritisiert. Als „vollkommen untauglich“ bezeichnete ver.di-Vize Gerd Herzberg den Entwurf, der „noch hinter die gel-

tende Rechtsprechung zurückfällt“. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hatte bereits vor der Anhörung „deutliche Korrekturen“ gefordert. Die Position der Beschäftigten würde „erheblich verschlechtert“. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar bemängelte, der Entwurf erlaube die Überwachung

von Arbeitnehmern schon, um arbeitsvertragliche Nebenpflichten zu kontrollieren. Ein Arbeitgeber, der die private Nutzung der betrieblichen E-Mail-Adresse verboten hat, könnte damit „auf alle Mails zugreifen, um zu kontrollieren, ob private Mails dabei sind“. Es könne der Eindruck entstehen, dass das, was in Unternehmen wie Lidl oder der Bahn AG beanstandet wurde, „nun nachträglich legalisiert werden soll“, sagte Schaar. •

Gesundheit

Sonderbeitrag für Arbeitgeber

Um das prognostizierte Milliardendefizit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und drohende Krankenkassenpleiten abzuwenden, fordert der DGB die Einführung eines Sonderbeitrages für Arbeitgeber. Der DGB schlägt vor, dass er ebenso wie der 2005 eingeführte Arbeitnehmer-Sonderbeitrag 0,9 Prozentpunkte ausmachen soll. „Es wäre ein fatales Signal, wenn nach dem ersten Sparhammer der Koalition die milliardenschweren Belastungen in der GKV einseitig bei den Versicherten und Beschäftigten abgeladen werden“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Durch einen solchen Solidarpakt und eine 100-prozentige Ausfinanzierung des Gesundheitsfonds kann auf die Erhebung von unsozialen Zusatzbeiträgen ganz verzichtet werden.“ •

Leiharbeit

EU-Richtlinie umsetzen

Die IG Metall hat die Bundesregierung aufgefordert, die Beschäftigten in Leiharbeit vor Missbrauch zu schützen. „Notwendig sind gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Verleihdauer einschränken, faire Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sicherstellen“, sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, auf einer Tagung am 17. Juni in Berlin. Der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Entwurf zur Neufassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) sei weder ausreichend noch entspreche er der EU-Richtlinie zur Leiharbeit. Stammbeschäftigte könnten weiterhin durch billigere LeiharbeiterInnen ersetzt werden. „Leiharbeit bleibt

damit ein Instrument für Lohndumping.“ Damit folge die Bundesregierung den Interessen der Leiharbeitslobby, so Wetzel. Auch DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisierte den Gesetzentwurf als „enttäuschend“. Zwar werde der „lange überfällige Mindestlohn“ in Aussicht gestellt, die „groben Ungerechtigkeiten“ blieben jedoch bestehen. „LeiharbeiterInnen müssen flexibel sein, tragen ein hohes Risiko am Arbeitsmarkt und sind gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Dafür sollten sie wenigstens eine anständige Bezahlung erwarten können. Das bedeutet: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.“ Die Gewerkschaften fordern deshalb eine zügige und umfassende Umsetzung der EU-Leiharbeitsrichtlinie, in der – neben „Equal Pay“ – festgelegt ist, dass LeiharbeiterInnen nur vorübergehend eingesetzt werden dürfen. •

Bundesarbeitsgericht

Tarifeinheit gekippt

Es hatte sich bereits abgezeichnet: Der 10. Senat des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) hat sich in seiner Entscheidung am 23. Juni dem 4. Senat angeschlossen und damit den Grundsatz der Tarifeinheit endgültig gekippt (*BAG, Beschl. v. 23.6.2010 – 10 AS 2/10 und 10 AS 3/10*). Zukünftig können in Betrieben mehrere Tarifverträge nebeneinander gelten. Im Januar hatte der 4. Senat des BAG eine Entscheidung in diese Richtung gefällt und den 10. Senat aufgefordert, sich dieser Rechtsprechung anzuschließen. Der DGB und der Arbeitgeberverband BDA kritisieren die Entscheidung. Sie hatten im Vorfeld in einer gemeinsamen Initiative den Gesetzgeber auf-

gefordert, die Tarifeinheit jetzt im Tarifvertragsgesetz zu verankern. „Das Prinzip ‘ein Betrieb – ein Tarifvertrag’ hat sich bewährt“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Gewerkschaften befürchten eine Zersplitterung der Tariflandschaft „mit negativen Folgen für Beschäftigte und Unternehmen“, so Sommer. •

Anzeige

Otto Brenner Stiftung

OTTO BRENNER PREIS 2010

KRITISCHER JOURNALISMUS

»Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«

Preis-Kategorien: Otto Brenner Preis (1. Preis, 2. Preis, 3. Preis)

Otto Brenner Preis „Spezial“ (Leitartikel, Kommentar, Essay)

Doppelkategorie Newcomer- / Medienprojektpreis

drei »Recherche-Stipendien« in Zusammenarbeit mit netzwerk recherche e.V.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von insgesamt **45.000 Euro** dotiert

Die Bewerbungsformulare und alle wichtigen Informationen zum Preis finden Sie unter: www.otto-brenner-preis.de

Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 13. August 2010

© Foto: www.marco-urban.de

Gewerkschaften gegen neoliberale Sparpläne

Europas Regierungen reagieren auf die Wirtschaftskrise mit neoliberalen Strategien und Angriffen auf Arbeitnehmerrechte: Abbau des Kündigungsschutzes, Einsparungen im öffentlichen Dienst, Privatisierungen, höheres Renteneintrittsalter bei gleichzeitigen Rentenkürzungen. Für den Herbst haben die Gewerkschaften europaweit Aktionen und Demonstrationen angekündigt.

Die Kritik der Gewerkschaften ist grundsätzlich. Sie fordern einen klaren Kurswechsel. Die europäischen Regierungen hätten „in Panik dem Druck der Finanzmärkte nachgegeben“, so John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). „Diese Panikreaktionen werden die geschwächte Wirtschaft hart treffen. Die Regierungen riskieren damit eine europaweite Rezession.“ Für den 29. September kündigt der EGB Aktionen in vielen europäischen Ländern und eine zentrale Demonstration in Brüssel an. Die spanischen Gewerkschaften UGT und CCOO haben für diesen Tag zum Generalstreik aufgerufen.

Gleichzeitig halten die Proteste in den europäischen Ländern an. In Portugal, Rumänien und Frankreich, Griechenland und Spanien gab es bereits Aktionen gegen die Pläne der Regierungen: Kürzungen bei den Renten, Arbeitsmarktreformen und weitere Privatisierungen.

So plant Spaniens sozialistische Regierung eine Arbeitsmarktreform, mit der der Kündigungsschutz abgebaut werden soll. Unternehmen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, müssen bei Entlassungen künftig deutlich weniger Abfindung zahlen. Kann der Betrieb nachweisen, dass er seit sechs Monaten rote Zahlen schreibt, sinkt die Abfindungshöhe im Kündigungsfall von zuvor durchschnittlich 45 Tagen Gehalt pro Dienstjahr auf nur noch 20 Tage. Die alte Regelung diente den spanischen Arbeitgebern in den vergangenen Jahren als Begründung für die steigende

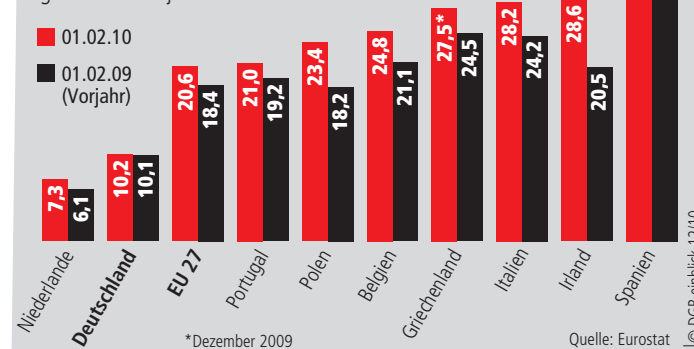
Zahl befristeter Arbeitsverträge. Mittlerweile ist jede/r dritte Arbeitnehmer/in nur befristet eingestellt. „Wenn das Gesetz in Kraft tritt, wird es einfacher werden, Menschen zu entlassen“, so Ignacio Fernández Toxo, Generalsekretär der Gewerkschaft CCOO. „Trotz

fünf Prozent gekürzt. Gleichzeitig soll die Mehrwertsteuer um zwei auf 18 Prozent und das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht werden. Spaniens Regierung lässt die Verursacher der Krise bei der Beteiligung an deren Kosten weitestgehend außen vor: Weder ist eine Börsentransaktionssteuer vorgesehen, noch soll die sehr niedrige Steuerpauschale auf Kapital- oder Börsengewinne derzeit erhöht werden. Auch die Vermögenssteuer wird zunächst nicht reaktiviert, die erst 2008 abgeschafft wurde.

In Griechenland rufen die Gewerkschaften nach einer massiven

Jugendarbeitslosigkeit auf Rekordhöhe

Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen in ausgewählten EU-Mitgliedsländern (in Prozent) im Februar 2010 / Vergleich zum Vorjahr



Die Perspektivlosigkeit der Jugend ist zentrales Thema bei den gewerkschaftlichen Protesten gegen die Sparpakete der europäischen Regierungen. In den meisten europäischen Ländern steigt die Jugendarbeitslosigkeit weiter. Unter zehn Prozent lag sie Anfang 2010 nur in den Niederlanden und Norwegen. In Spanien haben rund 40 Prozent der unter 25-Jährigen keinen Job.

allein, was gesagt wird: Befristete Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmen, und die gemeinschaftlichen Tarifverhandlungen werden geschwächt.“

Am 22. Juni hat das spanische Parlament mit knapper Mehrheit die umfassende Arbeitsmarktreform der Regierung Zapatero beschlossen. Zuvor hatte es bereits ein erstes Sparpaket verabschiedet, mit dem bis 2011 rund 15 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden durchschnittlich um

ersten Protestwelle für den 29. Juni zu einem weiteren Generalstreik auf. Die griechische Regierung hat ebenfalls eine Lockerung des Kündigungsschutzes beschlossen, mit der ArbeitnehmerInnen einfacher, in größerer Zahl und mit geringeren Abfindungen entlassen werden können. Bei Neueinstellungen von Beschäftigten unter 25 werden niedrigere Einstiegsgehälter gestattet. Der Gewerkschaftsdachverband GSEE wies die Verordnungen als „inakzeptabel und nicht verfassungsgemäß“ zurück. ●

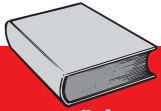
„Gerecht geht anders“

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will mit einer umfassenden, dauerhaft angelegten Aktionsplattform Druck gegen die „Politik der sozialen Schiefelage“ aufbauen. Unter der Überschrift „Gerecht geht anders“ will ver.di den Protest in Betriebe und Verwaltungen tragen.

„Wir müssen den Druck aufbauen und steigern. Und wir werden den Beschäftigten, ihren Familien und Nachbarn deutlich machen, welche Folgen die schwarze Politik konkret für sie hat“, erklärt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Besonders die Finanznot von Städten und Gemeinden, die sich durch politische Entscheidungen in Bund und Ländern immer weiter verschärft, gefährde den sozialen Zusammenhalt.

Weitere Themenschwerpunkte sind „Sozialer Kahl-schlag“, „Zwei-Klassen-Medizin“ und „Rente mit 67“. ver.di will zudem bei vielfältigen Informationsveranstaltungen, in Betriebs- und Personalversammlungen, sowie in unterschiedlichsten Aktionen in allen Regionen mobilisieren.

www.gerecht-geht-anders.de



neue Bücher

Denis Goldberg, ein weißer Südafrikaner, überzeugter Kommunist, Humanist und Kämpfer gegen Apartheid, hat seine sehr persönliche Lebensgeschichte vorgelegt. Sie zeigt, dass es für Weiße in Südafrika eine Alternative zur Apartheid gab, eine Alternative, die Mut verlangte. In seinem Buch beschreibt Goldberg nicht nur seine unermüdliche Mitwirkung am Aufbau Südafrikas, Kindern Bildung zu ermöglichen und Kunst zu fördern. Er erzählt auch sehr persönliche Dinge aus der Kindheit, über seine Eltern oder seine beiden Ehen, über die psychischen Auswirkungen von Untergrundkampf und 22 Jahren Haft im Hochsicherheitsgefängnis

von Pretoria. Der Techniker des bewaffneten Arms des ANC, einer der Kommandeure, nach der Haft im Exil Vertreter des ANC bei den Vereinten Nationen, kann nun melden: Auftrag erfüllt, Mauern eingerissen! Südafrika ist eine Demokratie, sein Lebensziel ist erreicht. Denis Goldberg, Mitkämpfer und Freund von Nelson Mandela, Oliver Tambo und Desmond Tutu, ist wie diese einer der Väter des heutigen Südafrika. Seine Biografie ist ein Geschichtsbuch vom Kap der Guten Hoffnung, spannend und lesenswert.

Denis Goldberg: Der Auftrag – ein Leben für die Freiheit Südafrikas, Assoziation A Verlag, Hamburg/Berlin, 303 Seiten, 19, 80 Euro

Bildungskampagne

GEW unterstützt 1GOAL

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt die globale Bildungskampagne 1GOAL. Ziel der Kampagne ist es, das Recht auf Bildung weltweit bis 2015 durchzusetzen. Träger sind der Weltfußballverband FIFA, die nationalen Bildungsgewerkschaften und Entwicklungs- und Kinderrechtsorganisationen. Assibi Napoe, Gewerkschafterin und Vorsitzende der globalen Kampagne für Bildung, erklärt, was Fußball und Bildung verbindet: „Fußball selbst ist bildend – wer Fußball spielt, lernt Disziplin, Toleranz, Niederlagen einstecken. Außerdem vereint er Menschen weltweit. Deshalb nutzen wir die WM in Südafrika, um Bildung voranzubringen.“

Auch die GEW sieht gute Chancen, in Kooperation mit Schulen, Sportvereinen und Organisationen, eine breite Öffentlichkeit für das Millenniumsziel „Bildung für alle“ zu mobilisieren. Neben Unternehmen, Fußballclubs und

NGOs unterstützen viele Stars und Profifußballer die Kampagne. Neben den ehemaligen Fußballstars Zinedine Zidane, Pelé und Eusébio gehört Jérôme Boateng, Mitglied der deutschen WM-Fußball-Nationalmannschaft, zu den Unterstützern von 1GOAL. •

www.join1goal.org
www.gew.de/1GOAL_Bildung_fuer_alle.html

interregio

••• Der **DGB Hessen-Thüringen** lehnt die **Sparpläne** der hessischen Landesregierung ab, Arbeitsgerichte zusammenzulegen oder Standorte ganz zu streichen. Um die Auswirkungen abzuschwächen, fordert der DGB als Ersatz für die Streichungen und Zusammenlegungen Außenkammern oder Gerichtstage. So könnten Bürgernähe und gut funktionierende Strukturen bewahrt werden. Dies sei im Interesse der Rechtsuchenden, für die die Arbeitsgerichte eingerichtet sind.

www.hessen.dgb.de

••• **TRANSNET** kritisiert das geplante **Tariftreuegesetz** im

Otto-Brenner-Preis 2010

PreisträgerIn gesucht

„Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten“ heißt es auch in diesem Jahr wieder, wenn der Otto-Brenner-Preis für herausragende journalistische Leistungen vergeben wird. Bis zum 13. August können Medienschaffende aus Print, Rundfunk und Internet

ihre Beiträge bei der Otto-Brenner-Stiftung einreichen. Neben den drei Hauptpreisen werden zudem Sonderpreise in den Kategorien Spezial, Newcomer-/Medienprojekt sowie drei Recherche-Stipendien vergeben. In der Jury sitzen unter anderem der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, sowie die Journalisten Heribert Prantl, Sonia Mikich, Thomas Leif, Harald Schumann und der Medienforscher Volker Lilienthal. •

www.otto-brenner-preis.de

„Mitbestimmungsrechte nutzen“



Aufsichtsrat des Monats



Foto: Steffen Fuchs

Aufsichtsrat des Monats im Juni ist **Heinz Schmitt**. Er vertritt die Interessen der Beschäftigten bei der HeidelbergCement AG als Betriebsratsvorsitzender und als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. IG BAU-Mitglied Schmitt arbeitet seit 1986 im Unternehmen. Sein Motto: „Wer das Recht hat, mitzubestimmen, der muss dies auch nutzen und Verantwortung übernehmen.“ Im aktuellen Fragebogen zum Aufsichtsrat des Monats schildert Schmitt, welche Herausforderungen das Unternehmen während der Krise stemmen musste und wie dies die Arbeit im Aufsichtsrat beeinflusst hat. www.dgb.del-1p0K

Saarland als ungenügend. Tariftreuegesetze seien notwendig, um Lohn- und Sozialdumping entgegenzuwirken. Im geplanten Gesetz könne jedoch ein beliebiger Tarifvertrag zugrunde gelegt werden. Darüber hinaus ende das Gesetz 2015 – der Sinn dieses „Verfallsdatums“ sei unklar. TRANSNET ruft die saarländische Jamaika-Koalition auf, das Gesetz zu überarbeiten.

www.transnet.org/TRANSNET-Regionen/West/. Aktuelles

••• Mehr als 6000 GewerkschafterInnen haben am 10. Juni an **Protestaktionen** der **IG Metall in Baden-Württemberg** gegen

die schlechte Ausbildungs- und Arbeitssituation der jungen Generation teilgenommen. Mit mehreren tausend gelben Aktionsbällen – den „Show Balls“ – machten die TeilnehmerInnen deutlich, wie sie sich eine gerechte und faire Arbeitswelt vorstellen. „Was wir brauchen, ist mehr Sicherheit und weniger Armut durch reguläre Jobs“, forderte Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Es sei unverantwortlich, wenn Praktika, Leiharbeit und befristete Jobs nicht die Ausnahme, sondern die Regel seien. Die Aktion fand zeitgleich in Stuttgart, Rastatt, Friedrichshafen, Offenburg und Aalen statt. www.bw.igm.de

GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaften und soziale Netzwerke

Vernetzt auf allen Kanälen

Facebook, Twitter & Co. – Fluch oder Segen: Auch in den Gewerkschaften scheiden sich an den sozialen Netzwerken im Web 2.0 die Geister. Fest steht: Ihre Bedeutung wächst – immerhin zählt allein Facebook in Deutschland zurzeit knapp 10 Millionen meist junge NutzerInnen, Tendenz steigend.

Die Empörung der Arbeitgeber war groß am 22. September des vergangenen Jahres. Der Anlass: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hatte entschieden, dass zu den gewerkschaftlichen Arbeitskampfaktivitäten auch ein „Flashmob“ gehören kann. Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg hatte im Rahmen eines Arbeitskampfes eine rund einstündige Aktion organisiert: 40 Personen suchten überraschend eine Einzelhandelsfiliale auf, packten dort Einkaufswagen voll, die sie dann aber stehen ließen, und verursachten durch den koordinierten Kauf von geringwertigen Artikeln lange Schlangen an den Kassen.

Die Aktion fand 2007 statt – in einer Zeit also, als soziale Netzwerke im Internet – Facebook, Twitter & Co. – für die meisten noch ein Buch mit sieben Siegeln waren, auch für die Gewerkschaften. Folgerichtig bereitete der ver.di-Landesbezirk den Flashmob über seine Homepage vor: „Gib uns Deine Handy-Nummer, und dann lass uns zu dem per SMS gesendeten Zeitpunkt zusammen in einer bestreikten Filiale, in der Streikbrecher arbeiten, gezielt einkaufen gehen.“

Mittlerweile lassen sich Flashmobs problemlos ohne Kenntniss der Handy-Nummern oder der E-Mail-Adressen aktionsbereiter Menschen organisieren. Das zeigt ein Beispiel aus Italien, wo Blogger für den 5. Dezember vergangenen Jahres in den sozialen Netzwerken zum Flashmob „No Berlusconi Day“ aufgerufen hatten. In weniger als einer Woche hatten sich mehr als 20 000 UnterstützerInnen für diese Aktion gesammelt. Die Polizei be-



Auch die Gewerkschaften sind zunehmend in den sozialen Netzwerken aktiv.

zifferte am Ende die Zahl der Flashmobber auf 90 000, die Organisatoren auf 350 000 Menschen.

Die sozialen Netzwerke eröffnen auch Gewerkschaften und Betriebsräten neue Möglichkeiten der Mobilisierung und Kommunikation – direkt, schnell und interaktiv. Mehr Präsenz von GewerkschafterInnen bei Facebook, Twitter & Co. wünscht sich deshalb Andreas Skowronek, Journalist und Arbeitsrechtler, der sich seit längerem mit den sozialen Netzwerken auseinandersetzt. Er weiß aber auch: Ein Ersatz für die herkömmlichen Kommunikationskanäle der Gewerkschaften sind sie nicht, wohl aber eine zeitgemäße Ergänzung, vor allem für junge Zielgruppen. Ähnliches gilt auch für die Aktionsformen, die mit den neuen Medien entstanden sind. „Flashmobs werden den herkömmlichen Arbeitskampf nicht ersetzen“, stellt Thomas Klebe, Justiziar der IG Metall, fest. „Sie können ihn allenfalls unterstützen – besonders in Bereichen, in denen die Gewerkschaften nicht so durchsetzungsstark sind.“

Wer heute bei Facebook und Twitter nach DGB, IG Metall oder ver.di sucht, wird natürlich fündig. Eine optimal vernetzte Informationsarbeit steht und fällt aber mit der „kritischen Masse“, be-

tont Skowronek. Nur eine große Zahl von GewerkschafterInnen, Betriebsräten und Vertrauensleuten garantiert, dass zum Beispiel ein regionaler Missstand in der ganzen Republik bekannt wird. Berichtet etwa ein im Rheinland ansässiges Medium darüber, dass ein Unternehmen eine Betriebsratswahl torpediert, ist es mit den herkömmlichen Kommunikations-



kanälen eher unwahrscheinlich, dass sich dies von Flensburg bis Bad Tölz herumspricht. Ereignisse ohne eine bundesweite Bedeutung gelangen nun mal nicht in überregionale Medien. Facebook, Twitter & Co. schaffen hier Abhilfe, indem sie es ermöglichen, dass sich eine Nachricht von „Mund zu Mund“ quer durchs Land verbreitet.

Soziale Netzwerke vernetzen zudem alle Informationskanäle miteinander, auch weitere neue Informationsquellen von gewerkschaftlichen Blogs bis hin zu Internet-Fernsehen wie dem „Streik-TV“ von ver.di. Skowronek sieht zahlreiche Möglichkeiten, Facebook & Co. für die Gewerkschaftsarbeit zu nutzen – von der Mobilisierung bei Aktionen bis hin zur Wiederbelebung gewerkschaftlicher Betriebsgruppen oder als Kommunikationsplattform für Ehrenamtliche. Ein Selbstläufer seien sie aber nicht, betont er. Wichtig sei auch, sich wirklich auf das Medium einzulassen. Und das heißt auch, zu akzeptieren, dass die sozialen Netzwerke nicht als Einbahnstraße funktionieren. „Dialog und Interaktion sind das A und O“, betont er. ●

Direkte Kommunikation

Die Kommunikation in den sozialen Netzwerken hat eigene Gesetze und eine eigene Dynamik. Wer sie strategisch nutzen will, muss die Besonderheiten kennen:

- ✳ **Direkte Kommunikation ersetzt mittelbare**
- ✳ **Dialog statt Verlautbarung: Dialoge müssen und können angestoßen werden**
- ✳ **Journalisten verlieren ihre Gatekeeper-Funktion**
- ✳ **Die Kommunikation wird persönlicher**
- ✳ **Texte, Bilder, Ton, Videos: Problemlos lassen sich unterschiedliche Medien einsetzen und vernetzen**
- ✳ **Transparenz schafft Glaubwürdigkeit**
- ✳ **Vernetzung und Verlinkung erweitern den Adressatenkreis**
- ✳ **Realer und virtueller Raum verschmelzen miteinander**
- ✳ **Dynamik und Interaktion sind das A & O für erfolgreiche Kommunikation in den sozialen Netzwerken**

Datenschutz

Allseits bekannt: Facebook tut sich schwer mit dem Datenschutz. Doch längst gibt es Werkzeuge (www.reclaimprivacy.org/facebook) oder Video-Anleitungen (www.youtube.com/watch?v=4Qd11LBOqM), die zeigen, wie die NutzerInnen ihre Privatsphäre schützen können.

kurz&bündig



Die GdP kritisiert die Pläne der Bundesregierung, mehr als

10 000 Stellen bei Bundesbehörden einzusparen, als „widersinnig“. Ein weiterer Abbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt werde zur Gefahr für die innere Sicherheit. Die Polizei habe bereits massiv Stellen abgebaut.



Für die NGG ist klar: Das Gastgewerbe hat die Entwicklungen in

der Aus- und Weiterbildung verschlafen. Dies zeigten die Ergebnisse der Saisonumfrage des Deutschen Industriehandelskammertages (DIHK). Ursachen für fehlende Azubis und Beschäftigte seien die schlechten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen.



Die IG BAU und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

warnen vor Kürzungen beim Klimaschutz. Die Fördermittel für die CO₂-Gebäudesanierung dürften nicht gestrichen werden. Öffentliche Gebäude müssten dringend saniert werden. Dies brächte auch Beschäftigungsimpulse für kleine und mittlere Handwerksunternehmen.



ver.di wehrt sich gegen die Verfahrenseinstellung in der

Telekom-Bespitzelungssaffäre und will dafür kämpfen, dass die verantwortlichen Spitzenmanager belangt werden. Die betroffenen ArbeitnehmervertreterInnen seien entsetzt über die Einstellung der Ermittlungen, schließlich gehe es um massive Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte.

IGB-Kongress

Gerechte Globalisierung

Unter dem Motto „Jetzt zählen die Menschen – Aus der Krise mit globaler Gerechtigkeit“ tagt vom 21. bis 25. Juni der 2. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Rund 1400 Delegierte aus mehr als 150 Ländern debattieren im kanadischen Vancouver die Themen Globalisierung und Arbeitnehmerrechte. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem auch der Klimawandel und der Kampf gegen Aids. IGB-Präsidentin Sharan Burrow machte in ihrer Eröffnungsrede deutlich, dass die Auswirkungen der Krise nicht zu Lasten der Menschen in aller Welt gehen dürfen. In den vergangenen zwei Monaten hätte jedoch „eine europäische Regierung nach der anderen zu vorschnellen Sparmaßnahmen“

„um die Finanzmärkte zu beruhigen. Dadurch sei die Rezessionsgefahr gestiegen, kritisierte Burrow. RadioLabour berichtet täglich über den Kongress unter: www.radiolabour.net. • www.ituc-csi.org, www.dgb.de

Gelbe Hand

Neue Unterstützer

Seit über zwanzig Jahren engagieren sich GewerkschafterInnen im Zeichen der Gelben Hand gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt. Koordiniert werden die Aktivitäten vom 1986 gegründeten Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“. Am Rande des DGB-Kongresses im Mai ist es dem Vorsitzenden des Vereins Giovanni Pollice, Abteilungsleiter Migration/Integration beim Hauptvorstand der IG BCE, gelungen, prominente

GewerkschafterInnen als neue Fördermitglieder zu gewinnen: den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, den TRANSNET-Vorsitzenden Alexander Kirchner sowie Claus Matecki, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Vorstand. Zum 1. September soll die Geschäftsführung des Vereins mit Sitz in Düsseldorf neu besetzt werden. •

Infos und Stellenausschreibung: www.gelbehand.de

Audit Beruf und Familie

IG BCE zertifiziert

Die IG BCE ist mit dem Zertifikat des „audit berufundfamilie“ für familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet worden. Erstmals wurde das Zertifikat der IG BCE 2006 verliehen, in diesem Jahr wurde es erneuert. Damit gehört die IG BCE zu den 130 Unternehmen, 124 Institutionen und 36 Hochschulen, die 2010 zertifiziert worden sind. Ziel des von der Hertie-Stiftung initiierten Audits ist es, in Wirtschaft und Verwaltung gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Der DGB ist seit 2005 Träger des Zertifikats. •

www.beruf-und-familie.de

Ratgeber Leiharbeit

Neu aufgelegt

Der bewährte DGB-Ratgeber Leiharbeit liegt nun in einer überarbeiteten Neuauflage vor. Der Ratgeber informiert unter anderem über die Rechte von LeiharbeiterInnen gegenüber dem Arbeitgeber und der Bundesagentur für Arbeit, gibt Hinweise zum Arbeitsschutz und zum Abschluss des Arbeitsvertrags und stellt den im März von der DGB-Tarifgemeinschaft abgeschlossenen Tarifvertrag zur Zeitarbeit vor. Der Ratgeber kostet einen Euro plus Versandkosten. •

www.dgb-bestellservice.de

?... nachgefragt



Foto: DGB

Die Richter am Bundesarbeitsgericht (BAG) haben entschieden: Die als Emmely bekannte Berliner Kassiererin darf wieder an ihren Arbeitsplatz zurück. DGB-Rechtsexpertin Martina Perreng erklärt, was das BAG-Urteil für so genannte Bagatellkündigungen bedeutet.

Das BAG hat endlich seine nicht nachvollziehbare Rechtsprechung korrigiert. Auch bei einem geringfügigen Vermögensdelikt ist nicht per se jedes Vertrauen zerstört und damit der Grund für eine fristlose Kündigung gegeben. Das entspricht der Realität: Es ist kaum nachvollziehbar, dass ein eingesteckter Kugelschreiber die Basis der Zusammenarbeit unwiederbringlich zerstört. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass diese Verstöße oft als Vorwand herhalten, um unliebsame MitarbeiterInnen loszuwerden. Natürlich müssen Unternehmen vor dem Griff in die Kasse oder ins Warenregal geschützt werden. Doch auch die Beschäftigten müssen sich darauf verlassen können, nicht wegen kleiner, oft vorgeschobener Vergehen auf die Straße gesetzt zu werden. Dem trägt das BAG Rechnung: Es geht davon aus, dass bei einer langjährigen, störungsfreien Beschäftigung „Vertrauenskapital“ aufgebaut wird, das nicht ohne Weiteres durch ein geringfügiges Vermögensdelikt aufgebraucht wird. Dies hat zur Folge, dass Arbeitgeber in solchen Fällen ein milderes Mittel zur Disziplinierung, zum Beispiel eine Abmahnung, wählen müssen. Auch wenn die Rechtslage nach dem Urteil klar ist, kann eine gesetzliche Regelung mehr Transparenz schaffen. Deshalb gehen die Gesetzgebungsinitiativen der Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und der Linken in die richtige Richtung.

Sparpaket der Bundesregierung

Sparen muss in der Krise tabu sein

Das Sparpaket der Bundesregierung ist sozial ungerecht und volkswirtschaftlich unsinnig. Um die Krise zu überwinden, müssen stattdessen die öffentlichen Investitionen ausgeweitet und die Steuereinnahmen erhöht werden, meint DGB-Vorstand Claus Matecki.

Sich verwundert die Augen zu reiben, ist derzeit wohl die dezenteste Form der eigenen Verärgerung Ausdruck zu verleihen: Da ist eine deutsche Bundesregierung, die so eindeutig zu Lasten der Ärmsten in dieser Gesellschaft spart, dass sogar der CDU-Wirtschaftsrat die soziale Schieflage konstatiert und einen höheren Spitzensteuersatz fordert. Dieselbe Bundesregierung erntet von der amerikanischen und den europäischen Regierungen zu Recht harsche Kritik, weil sie mit ihrem 80-Milliarden-Sparpaket **sämtliche zarten Wachstumskräfte abzuwürgen droht** – hier wie dort.

Obwohl der Binnenmarkt dringend Kaufkraft und mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt, Daseinsvorsorge und Infrastruktur braucht, kürzt die Regierung bei Arbeitslosen und Niedriglöhnern, die ihr Geld fast komplett auf dem heimischen Markt ausgeben. Es werden zudem öffentliche Investitionen für Jahre auf Eis gelegt. So drosseln CDU und FDP die effektive Nachfrage und würgen die Wachstumskräfte im Inland ab. Dieses Vorgehen **bedroht zigtausend Arbeitsplätze**.

Was schon unter dem Aspekt Gerechtigkeit nicht hinnehmbar ist, ist auch volkswirtschaftlich unsinnig und verantwortungslos. Das Sparpaket wird über die Grenzen hinaus Fakten schaffen: als „Benchmark“ für die Bewertung von Sparleistungen anderer Staaten und damit auch als faktische Einschränkung ihrer Handlungsspielräume – schließlich verfügen die meisten europäischen Nachbarn über keine finanziellen Puffer. Dies wirkt in den exportstarken Branchen wiederum negativ auf Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland zurück. Eine **erneute Rezession in Europa und Deutschland ist nicht auszuschließen**. Damit sind massive soziale und wirtschaftliche Verwerfungen programmiert; der radikale Sparkurs könnte die Eurozone sogar auseinanderbrechen lassen. Deutschland sollte sich also hüten, sich als „bester Sparer“ zu empfehlen, um damit auf den Kapitalmärkten ein gutes Rating zu erzielen und sich auf Kosten der europäischen Nachbarn europaweit die günstigsten Zinsen und die beste wirtschaftliche Ausgangssituation zu organisieren.

Und: Die so genannte Schuldenbremse muss weg. Denn wenn die Schuldenbremse zur primären Staatsräson wird – wie im Falle der deutschen Bun-

desregierung, die sie sogar in die europäischen Nachbarländer exportieren will – müssen dahinter alle Ansprüche an eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfähige Politik zurücktreten. Eine solche Politik **belastet künftige Generationen weit mehr als die Hinnahme einer realistischen Schuldenquote**. Auch lässt die Sparpolitik à la Bundesregierung eine Privatisierungswelle in Bund, Ländern und Kommunen befürchten, deren Ergebnisse sich nur die Reichen werden leisten können.

Der DGB sagt klar: Sparen ist in einer instabilen wirtschaftlichen Situation tabu. Um die Krise zu überwinden, braucht es mehr Ausgaben für öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt, soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge. **Und es braucht mehr Einnahmen aus verschiedenen Steuerarten**.

Dazu gehört eine Finanztransaktionssteuer (FTT), die allein in Deutschland jährlich mindestens 12 Milliarden Euro in die Kasse bringt. Der vom DGB geforderte Steuersatz von 0,1 Prozent wird darüber hinaus eine regulierende Funktion haben: Schädliche Finanzmarktspekulationen werden eingedämmt. Neben der FTT gehört zu den nötigen Mehreinnahmen auch die Wiederbelebung der Vermögenssteuer bzw. -abgabe mit rund 16 Milliarden Euro Aufkommen pro Jahr. Eine gerechtere Erbschaftsteuer bringt rund 6 Milliarden zusätzlich, die Besteuerung von Kapitalerträgen nach persönlicher Leistungsfähigkeit schлüge ebenfalls mit plus 6 Milliarden Euro im Jahr zu Buche. Ein höherer Spitzensteuersatz von zum Beispiel 50 Prozent für wirklich große Einkommen würde zusätzlich 8 Milliarden bringen, ein offensiver Steuervollzug rund 22 Milliarden. Käme dann noch die Gemeindewirtschaftssteuer zugunsten der Kommunen und würden einige der unsinnigsten Steuerentlastungen für Hoteliers und Unternehmen zurückgenommen, hätten Bund, Länder und Kommunen rund 70 Milliarden Euro mehr im Jahr. Darum geht es jetzt. **Nur die ernsthafte Umsetzung einer solchen Politik würde die Worte ausgewogen, fair und gerecht verdienen.** ●



Foto: DGB/Susann Loessin

Claus Matecki, 61, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zuständig.

Fahrplan Sparbeschlüsse

Wenn SPD und Grüne Mitte Juli in Nordrhein-Westfalen die Regierung übernehmen, haben CDU und FDP zusammen nur noch 31 der 69 Stimmen im Bundesrat. Kaum wahrscheinlich, dass das Sparpaket die Länderkammer dann noch passiert. Die Bundesregierung will deshalb das Sparpaket splitten: Der größere Teil soll nicht die Zustimmung des Bundesrats benötigen, lediglich ein kleinerer soll zustimmungspflichtig sein. Das hat Otto Fricke, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, erklärt. Zuvor hatte bereits Peter Altmaier, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, verlauten lassen, dass die Maßnahmen mit Ausnahme von Änderungen beim Wohngeld nicht zustimmungspflichtig seien. Geplant ist, dass das Kabinett am 7. Juli den Haushaltsentwurf beschließt. Am 4. oder 8. August berät das Kabinett über das Haushaltsbegleitgesetz, mit dem die Sparbeschlüsse umgesetzt werden. Am 13. September wird der Haushalt 2011 in den Bundestag eingebracht.



Im Internet

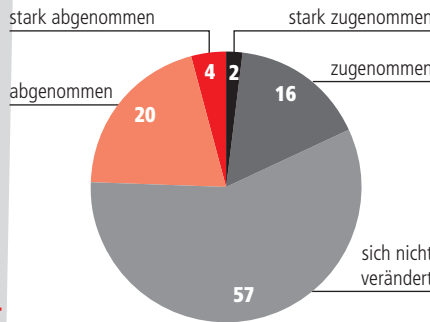
www.einblick.dgb.de
Sparbeschlüsse der Bundesregierung und Stellungnahmen der Gewerkschaften

UNTERNEHMEN: Krisenopfer Fort- und Weiterbildung

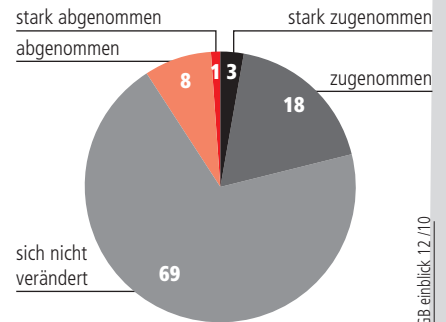
Unternehmen sparen in der Krise an Fort- und Weiterbildung – das ergibt sowohl die WSI-Betriebsrätebefragung als auch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die IAB-Forscher stellen fest, dass im Krisenjahr 2009 die Zahl der Firmen mit Weiterbildungsangeboten von 49 Prozent auf 45 Prozent gesunken ist. Der Grund: Unternehmen scheuen in schwierigen Zeiten Kosten für Bildung. Sowohl 2008 als auch 2009 haben rund ein Viertel aller Beschäftigten an beruflichen Fortbildungen teilgenommen.

Angaben von Betriebsräten aus krisenbetroffenen und nicht krisenbetroffenen Unternehmen zur Fort- und Weiterbildungssituation in den Betrieben seit 2008 (in Prozent)

krisenbetroffene Unternehmen
Fort- und Weiterbildung hat ...



nicht krisenbetroffene Unternehmen
Fort- und Weiterbildung hat ...



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2009 Fort- und Weiterbildung

© DGB einblick 12/10

personalien

••• **Ute Fritzel**, 45, ist seit 1. Juni neue Referentin für Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Frauenpolitik beim DGB Hessen-Thüringen. Die Journalistin hat Politologie und Journalistik studiert und arbeitete in den letzten zehneinhalb Jahren als freie Mitarbeiterin beim Hessischen Rundfunk.

••• **Klaus Ernst**, 55, legt nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Partei Die Linke sein Amt als 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt zum 30. Juni nieder. Sein Nachfolger in diesem Amt ist **Peter Kippes**, 48, der bisherige 2. Bevollmächtigte der Schweinfurter IG Metall.

••• Die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock**, 62, ist auf der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises „Arbeit und Leben“ Mitte Juni einstimmig zur Präsidentin gewählt worden. Der Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben“ ist eine gemeinsam von Gewerkschaften und Volkshochschulen getragene Bildungseinrichtung. Wieder gewählt wurden als erster Vorsitzender **Dr. Dieter Eich**, 63, Geschäftsführer des DGB-Bildungswerks, und als zweite Vorsitzende **Gundula Frieling**, 47, stellvertretende Direktorin des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV).

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB
Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke
Redaktion: Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Lena Clausen, Luis Ledesma, Peter Senft, Andreas Skowronek
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 28.6.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Workshop „Demokratie braucht Qualität – Gelingensfaktoren für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus“, Berlin
- 28.6.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „'...nicht verfassungsgemäß!' Das BVerfG-Urteil zu Hartz IV“, Trier
- 29./30.6.** Hans-Böckler-Stiftung, IG BCE, Arbeitsdirektoren-Tagung „Zukunft der Beschäftigung – Wege aus der Krise“, Berlin
- 1.7.** DGB-Projekt Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Seminar „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer“, Berlin
- 1.-4.7.** Europäisches Sozialforum, Istanbul
- 2./3.7.** IG BAU-Frauenreferat, „Netzwerkkonferenz für Be-

- triebsrätinnen: Zusammen wachsen“, Steinbach
- 4.-9.7.** DGB-Bildungswerk, Seminar „Beschäftigung sichern durch nachhaltiges Wirtschaften. Grundlagen und Strategien für den Betriebsrat“, Berlin
- 5.7.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Frauenquote in Aufsichtsräten“, Berlin
- 7.7.** DGB, Diskussion „Bündnisveranstaltung – Köpfe gegen Kopfpauschale“, Berlin
- 7.7.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Sozial – Global – Gerecht: Soziale Gerechtigkeit für uns, Almosen für die Anderen?“, Berlin
- 15.7.** Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Tagung „Wer ernährt die Familie“, Leipzig

Schlusspunkt.

„Nein, eine Hinrichtung hat es nicht gegeben. Wir sind ja schließlich gesittete Menschen.“

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Helmut Linssen (CDU) nach der Krisensitzung der NRW-CDU, kurz bevor der Rücktritt von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sowie sein Verzicht auf den Fraktionsvorsitz bekannt gegeben wurden.

Hartz-IV

PC gehört nicht zur Erstausrüstung

Empfänger von Hartz-IV-Leistungen haben keinen Anspruch auf Übernahme der Kosten für einen PC. Sie können nicht verlangen, bei der Erstausrüstung ihrer Wohnung wie die Mehrheit der Haushalte gestellt zu werden. Es kommt nicht darauf an, in welchem Umfang PCs in Haushalten in Deutschland verbreitet, sondern ob sie für eine geordnete Haushaltsführung notwendig sind.

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 23. April 2010 – L 6 AS 297/10 B**

Witwenrente

Nicht bei Ehe nach dem 65. Lebensjahr

Eine ärztliche Versorgungseinrichtung kann den Anspruch auf Witwenrente davon abhängig machen, dass die Ehe vor der Vollendung des 65. Lebensjahres des Mitgliedes geschlossen worden ist.

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 26. Mai 2010 – 6 A 10320/10.OVG**

Beamtenrecht

Keine Urlaubsabgeltung

Ein Beamter hat keinen Anspruch auf die finanzielle Abgeltung von Urlaub, den er krankheitsbedingt nicht nehmen konnte.

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 30. März 2010 – 2 A 11321/09.OVG**

Einzelhandel

Sechs Euro die Stunde ist sittenwidrig

Ein Stundenlohn von 6 Euro brutto für eine Verkäuferin im Einzelhandel ist sittenwidrig. Somit ist eine solche Vereinbarung nichtig. In diesem Fall steht der Arbeitnehmerin die für das Wirtschaftsgebiet übliche Vergütung zu; das ist in der Regel die tarifliche Vergütung.

**Arbeitsgericht Leipzig,
Urteil vom 11. März 2010 – 2 Ca 2788/09**

Anhörung des Betriebsrats

Muss vollständig und korrekt sein

Eine bewusst unrichtige oder unvollständige und irreführende Darstellung der Kündigungsgründe führt zur fehlerhaften Anhörung des Betriebsrats und damit zur Unwirksamkeit der Kündigung.

**Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 27. Januar 2010 – 8 Sa 698/09**

Betriebsratsausstattung

Ohne PC geht es nicht

Ein Betriebsrat kann zur Ausübung seiner Aufgaben vom Arbeitgeber einen PC nebst Zubehör verlangen, wenn dieser selbst beim Umgang mit dem Betriebsrat EDV nutzt. Der Arbeitgeber darf einen aus neun Mitgliedern bestehenden Betriebsrat nicht darauf verweisen, dass er seine Schriftstücke entweder mit der Hand oder mit einer alten elektrischen Schreibmaschine mit Korrekturband erstelle.

**Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Beschluss vom 27. Januar 2010 – 3 TaBV 31/09**

Berliner Verkehrsbetriebe

Psychotherapie für U-Bahn-Fahrer

Einem U-Bahn-Fahrer steht aufgrund eines Fahrgastunfalls gegenüber dem Träger der Unfallversicherung ein Anspruch auf Gewährung psychotherapeutischer Behandlung zu.

Der Fall: Der Zugfahrer hatte wiederholt Unfälle erlebt, bei denen sich Personen vor seinen Zug geworfen hatten und überrollt worden waren. 1999 nahm er schließlich eine Person auf den U-Bahn-Gleisen wahr, die sich auf den Zug zu bewegte. Der Zugfahrer leitete sofort eine Notbremsung ein, zu einem Unfall kam es nicht. Eine verletzte Person war nicht aufzufinden. Der Zugfahrer erlitt einen Schock und war arbeitsunfähig. Der Unfallversicherungsträger war der Meinung, dass der Zugfahrer sich die Person nur eingebildet hatte, bestritt ein psychisches Leiden und verweigerte eine Psychotherapie.

Das Landessozialgericht: Der Träger der Unfallversicherung ist verpflichtet, eine traumaspezifische Psychotherapie von bis zu 100 Stunden zu gewähren. In dem Ereignis des Jahres 1999 liegt ein Arbeitsunfall. Die unmittelbare und höchste Gefahr, erneut eine Person zu töten, hat zu einer posttraumatischen Belastungsstörung geführt.

**Landessozialgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 17. Dezember 2009 – L 2 U 1014/05**

Verhaltensbedingte Kündigung

Auf den Einzelfall kommt es an

Nicht jede eigenmächtige Wegnahme von Arbeitgeberigentum rechtfertigt eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Es kommt immer auf die Umstände des Einzelfalls an.

Der Fall: Im Betrieb des Arbeitgebers wurden 30 Jahre alte Werkbänke durch neue ersetzt und ausgesondert. Die alten Werkbänke wurden den Mitarbeitern ohne Erfolg angeboten und dann zur Entsorgung jahrelang zwischengelagert. Bei einem Arbeitnehmer (40 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, seit mehr als 12 Jahren im Betrieb) ergab sich eine private Nutzungsmöglichkeit für einen Teil einer solchen alten Werkbank. Er meldete entsprechenden Bedarf beim Vorgesetzten und beim die Kaffeekasse führenden Betriebsratsvorsitzenden an. An einem Freitagnachmittag lud der Arbeitnehmer für alle sichtbar den von ihm benötigten Teil der Werkbank in den Anhänger seines privaten PKWs. Dabei wurde er von der Geschäftsleitung beobachtet und zur Rede gestellt. Der Arbeitgeber nahm den Vorgang zum Anlass, das Arbeitsverhältnis fristlos, hilfsweise ordentlich zu kündigen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Grundsätzlich können zu Lasten des Arbeitgebers begangene Vermögensdelikte zwar eine fristlose Kündigung rechtfertigen, selbst wenn es sich um Dinge von geringem Wert handelt. Stets ist aber eine Einzelfallabwägung erforderlich, die hier zu Gunsten des Arbeitnehmers ausgeht. Es ist zu berücksichtigen, dass dem Arbeitgeber wirtschaftlich kein Schaden entstehen konnte, da das aufgeladene Teil aus Sicht des Arbeitgebers wertloser störender Müll war und erst wieder einen Wert bekam, als es auf dem Hänger des Arbeitnehmers gesehen wurde. Die sofortige Rückgabe des Werkbankteils, die Beschreitung des offiziellen Genehmigungsweges und das Fehlen jeglicher Heimlichtuerei ist als Ausdruck einer auf Korrektheit und Ehrlichkeit ausgerichteten Grundhaltung des Arbeitnehmers zu werten. Eine Abmahnung hätte hier ausgereicht, um eine Wiederholung des beanstandeten Arbeitnehmerverhaltens auszuschließen.

**Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 13. Januar 2010 – 3 Sa 324/09**